

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: L-30-174/21

Aktenzeichen:

Amt: Bauen

Datum: 14.07.2021

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒**Betreff:** Bebauungsplan „Wohngebiet am Sportplatz“ – Abwägungsbeschluss**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1	10.11.2021					
GV	1	15.12.2021					

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzende der GV

Beschluss-Nr.: L-30-174/21

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:**Abwägung 2. Entwurf**

Die Gemeindevertretung Linthe beschließt die anliegende Abwägungstabelle mit den eingegangenen Stellungnahmen zum 2. Entwurf des Bebauungsplans „Wohngebiet am Sportplatz“.

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg haben folgende Gemeindevertreter weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilgenommen:

Stellungnahmen aus der TÖB-Beteiligung und der öffentlichen Auslegung

Nr.	Abwägungsvorschlag	Ja / Nein / Enthaltung
1	Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg (NBB) Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Hinweise zu Baumpflanzungen sind bereits in der Begründung enthalten. Kein Abwägungsbelang.	
2	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Zu 1. Formale Hinweise: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind bereits in der Begründung enthalten. 2. Regionalplanerische Belange Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Die regionalplanerischen Belange werden zur Kenntnis genommen und die Zustimmung in die Begründung redaktionell im Kapitel 3.2.1 ergänzt.	
3	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Die sonstigen fachlichen Informationen oder rechtserheblichen	

Hinweise werden zur Kenntnis genommen und redaktionell nochmals in die Begründung aufgenommen bzw. korrigiert.

Dabei wird das Kapitel 3.2.4.12 „Bergbauliche Belange, Bergaufsicht wie folgt angepasst (*kursiv dargestellte Textpassagen sind redaktionell ergänzt*):

Mit Beschluss vom 23. November 2016 wurde die Aufstellung des Bebauungsplans „Wohngebiet am Sportplatz“ für den Bereich am Lerchenweg zwischen der Chausseestraße (L 85) und dem Nicheler Weg in der Gemeinde Linthe neu beschlossen. Die Beplanung des Gebiets gestaltet sich seither schwierig. Bergbaurechtliche Belange werden berührt.

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe teilte in seiner Stellungnahme vom 23.01.2020 mit, dass eine andere Nutzung für den südlichen Teil des Plangebietes aufgrund des existierenden Planfeststellungsbeschlusses, „Kiessandtagebau Linthe II“ vom 26.02.1997, der bis zum 31.12.2032 gültig ist, derzeit nicht genehmigt werden kann. Das Bergwerkfeld Linthe 2 (32-958) befindet sich innerhalb des Bewilligungsfeldes Belzig-Nord B (Feld-Nr. 22-1480). Die Bewilligung ist bis zum 11.02.2049 befristet. *Dies betrifft auch den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes.*

Die nach § 8 Bundesberggesetz (BBergG) erteilte Bewilligung gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von tiefliegender Sole zur Anwendung balneologischer Zwecke innerhalb festgelegter Feldesgrenzen.

Die Bewilligung gestattet noch keine konkreten Gewinnungsmaßnahmen. Auswirkungen auf die Umwelt werden in diesem Stadium der Bewilligung nicht erzeugt. Konkrete Gewinnungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren zulässig. Innerhalb des Bewilligungsfeldes existiert ein bergrechtlich zugelassener Hauptbetriebsplan für die Aufsuchung bzw. Gewinnung von Sole (§ 52 BBergG). Aufgrund der geringen Entnahmerate von Sole und der großen räumlichen Entfernung zur Bohrung ist nach derzeitigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass keine bergbaulichen Einflüsse auf das Vorhaben zu erwarten sind.

Die Rechtsinhaberin des Bewilligungsfeldes Belzig-Nord B stimmt mit der Stellungnahme vom 01.07.2021 dem Bebauungsplan zu.

Um das Planverfahren in einem ersten Schritt zeitnah zu realisieren, wird das einstige Plangebiet zweigeteilt und die Flächenkulisse geändert. Das „Wohngebiet am Sportplatz“ – nördlicher Teil – soll im 1. Planverfahren durchgeführt werden. Die Erschließung erfolgt über den Nicheler Weg. Der südliche Teil kann in einem späteren Verfahren realisiert werden. Die spätere Erschließung des südlichen Teils wird in der Planung des nördlichen Teils berücksichtigt. Ein entsprechender Beschluss erfolgte durch die Gemeindevertretung Linthe am 02.09.2020.

Durch den „neuen Beschluss“ befindet sich das geplante Wohngebiet nicht mehr innerhalb des Bergwerkfelds Linthe II.

Mit der Stellungnahme vom 07. Juli 2021 informierte das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, dass der südliche Teil des Plangebiets an das gem. § 9 BBergG erteilte Bergwerkseigentum für das Feld Linthe 2 (Feldesnummer 32-958) angrenzt.

Das für die Gewinnung von Kiesen und Kiessanden und Quarz- und Spezialsanden erteilte Bergwerkseigentum ist bis zum 08.01.2022 befristet.

Derzeit existiert für den angrenzenden Bereich ein bergrechtlich zugelassener Rahmenbetriebsplan. Der Kiessandtagebau Linthe II wurde durch die Bergwerkseigentümerin bis vor ca. 15 Jahren betrieben, dann ging sie in Insolvenz und lebte Ende 2020 aber wieder auf. Ein unbefristeter Abschlussbetriebsplan (ABP) mit Bodenverfüllung und anschließender Waldanpflanzung befindet sich derzeit in Bearbeitung.

Auswirkungen durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes auf

	<p>das Bergwerkseigentum sind nicht zu erwarten. Zunächst kann der B-Plan aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB entwickelt werden.</p> <p>Des Weiteren wurde sich im Verfahren des Bebauungsplanes mit den Belangen des Bergrechtes auseinandergesetzt. Im Vorentwurf des Bebauungsplanes (Stand 01. März 2017) sowie bei der Auswertung der frühzeitigen Beteiligung wurde sich zum damaligen Zeitpunkt auf den Regionalplan Havelland-Fläming 2020 bezogen und die Belange entsprechend geprüft. Aus diesem war ersichtlich, dass Teile des Bergwerksfeldes Linthe 2 innerhalb des Vorranggebietes für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen (VR 16) befinden. Dieses Vorranggebiet war nach der Begründung des Vorentwurfs ca. 500 m von der Grenze des geplanten Wohngebietes entfernt. Daher war davon auszugehen, dass keine Beeinträchtigungen zu den Vorranggebieten durch das Vorhaben zu erwarten sind.</p> <p>Mit der Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 16. Juni 2017 wurde darauf hingewiesen, dass zwischen Vorranggebieten und Wohnbebauung ein Mindestabstand von 300 m einzuhalten ist (Kriterium 3.3.1.1.6). Daher sollte im weiteren Planverfahren sichergestellt werden, dass dieser auch im südlichen Plangebiet (hier alte Geltungsbereichsgrenze des Vorentwurfs) eingehalten wird.</p> <p>Nach Überprüfung wurde dann festgestellt, dass der Abstand ca. 315 m beträgt und der Mindestabstand eingehalten wurde.</p> <p>Nach Reduzierung des Geltungsbereiches des Entwurfs bzw. des 2. Entwurfs und der Beachtung, dass der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 nicht mehr rechtskräftig ist, bleibt die Beurteilung, dass keine Auswirkungen zu erwarten sind, weiter bestehen.</p> <p>Auch wenn mit dem „neuen“ Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 das Vorranggebiet VR 16 wieder aufgenommen werden soll, werden die Belange der Raumordnung (zukünftig) beachtet und dem § 1 Abs. 4 BauGB entsprochen.</p> <p>Als weiterer Schritt zur Berücksichtigung des Bergwerkseigentums wurde das LBGR zur Stellungnahme aufgefordert, Einwendungen wurden bis heute nicht geltend gemacht.</p> <p>Weiterhin ist zu beachten, dass innerhalb des Bergfeldes bereits Wohnhäuser errichtet wurden (Lerchenweg 1a, Lerchenweg 2/3 und Lerchenweg 4/5), sodass die vollständige Ausnutzung des Bewilligungsfeldes nicht mehr möglich sein wird.</p> <p>Aufgrund des Einhaltens des Abstands vom damaligen und rechtsverbindlichen VR 16 (mind. 300m) sind keine Lärmimmissionen auf das Wohngebiet zu erwarten. Auch Hinweise der zuständigen Behörden bezgl. der Thematik Lärmimmissionen (Landkreis Potsdam-Mittelmark und Landesamt für Umwelt) wurden bis heute nicht vorgetragen.</p> <p>Insgesamt kann damit festgehalten werden, dass sich mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohngebiet am Sportplatz“ der Gemeinde Linthe mit den Belangen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8f BauGB auseinandergesetzt wurde und mit der Reduzierung des Geltungsbereiches sowie der o.g. Verlegung der Ersatzmaßnahme (siehe unten) in die Gemarkung Damelang die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen wurden.</p> <p>Die bergbaulichen Belange werden durch den Bebauungsplan ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Auch der Umweltbericht wird dahingehend redaktionell angepasst (Kap. 7.5 und 8.1.7). Auswirkungen sind auf den Bebauungsplan aber nicht gegeben.</p> <p>Die Anlage wird zur Kenntnis genommen.</p>	
4	Landesamt für Bauen und Verkehr	

	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang.	
5	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, da die Planungsabsicht an die Ziele der Raumordnung angepasst ist, besteht kein Abwägungsbelang . Die Zustimmung wird in die Begründung redaktionell im Kapitel 3.2.1 ergänzt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen. Die Bindungswirkung wird zur Kenntnis genommen.	
6	Landesbetrieb Straßenwesen Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Belange des Immissionsschutzes wurden im 2. Entwurf ausreichend berücksichtigt. Das Landesamt für Umwelt hat mit seiner Stellungnahme vom 23. Juli 2021 dem Vorhaben zugestimmt. Die vorgenommenen Änderungen im B-Plan sind hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes positiv zu bewerten. Demnach besteht hier kein Abwägungsbelang .	
7	Landesamt für Umwelt Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. 1.Immissionsschutz: Planinhalt; Planumfeld Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Zustimmung. 2.Wasserwirtschaft: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Im Schreiben vom 05.02.2020 verwies das LfU auf seine Stellungnahme vom 10.07.2017. In der Stellungnahme vom 10.07.2017 hat die Fachabteilung Wasserwirtschaft keine Betroffenheit geäußert.	
8	Landkreis Potsdam-Mittelmark	
8a	Untere Wasserbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang.	
8b	Untere Abfallwirtschaftsbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind bereits sinngemäß Bestandteil der Begründung. Da es sich grundsätzlich um gesetzliche Verpflichtungen zur Abfalltrennung handelt, sind diese auch im Rahmen von Baumaßnahmen zu beachten. Daher wird von weiteren Ergänzungen in der Begründung abgesehen.	
8c	Untere Bodenschutzbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

	<p>Kein Abwägungsbelang. Die Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weiter gehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet des Bebauungsplanes keine Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen bekannt.</p> <p>Kein Abwägungsbelang.</p> <p>Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Da es sich grundsätzlich um gesetzliche Verpflichtungen zum BBodSchG handelt, sind diese auch im Rahmen von Baumaßnahmen zu beachten.</p> <p>Daher wird von weiteren Ergänzungen in der Begründung abgesehen. Kein Abwägungsbelang.</p>	
8d	<p>Untere Naturschutzbehörde</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 1) Besonderer Artenschutz Die Plankarte wird bezüglich der Maßnahmenbezeichnungen Vart1-6 redaktionell angepasst. Auswirkungen zu den Grundzügen der Planung sind dadurch nicht gegeben. Die Stellungnahme wird als Zustimmung mit dem Umgang des besonderen Artenschutzes gesehen.</p> <p>Zu 2) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung Nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt eine neue Ersatz- und Ausgleichsmaßnahme zum Bebauungsplan. Dabei kann die Maßnahme A1 „Entwicklung von extensiv zu pflegende Streuobstwiesen, welche sich im östlichen Bereich des B-Planes auf der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Gehölzstrukturen I und II“ mit einem Kompensationsfaktor von 0,5 angerechnet werden. A1: $1.850 \text{ m}^2 \times 0,5 = 925 \text{ m}^2$ Des Weiteren sind außerhalb des Bebauungsplanes sowie außerhalb der bergbaurechtlichen Belange eine Umwandlung von Acker in Extensivgrünland auf Boden mit allgemeiner Funktionsausprägung anzulehnen. Alles in allem stehen mit dem Bebauungsplan vorbereitete Versiegelungsflächen von 6.482 m², welche Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Biotop, gegenüber. Diese sind mit einem Faktor von 2 zu 1 auszugleichen bzw. zu ersetzen. Daher ergibt sich eine Ausgleichsbilanz von 12.964 m². Unter Beachtung der anrechenbaren Maßnahme A1 von 925 m² sind Ersatzflächen von insgesamt 12.039 m² für eine Umwandlung von Acker in Extensivgrünland zu suchen. Daraufhin will die Gemeinde Linthe innerhalb der Gemarkung Damelang, Flur 4 des Flurstücks 68 entsprechende Flächen zur Kompensationsmaßnahme durchführen. Durch die Ackerextensivierung mit anschließender Extensivgrünlandnutzung werden die Biotop- und die Bodenfunktionen auf den Maßnahmenflächen aufgewertet. Ziel ist die Entwicklung von artenreichem Grünland. Die Maßnahmenflächen liegen in der Gemarkung Damelang, Amt Brück, Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Flächen werden derzeit als Acker genutzt. Für die Anlage von Extensivgrünland erfolgt nach dem Umbruch der Flächen eine Einsaat mit Regiosaatgut mit hohem Krautanteil. Im Rahmen der Extensivierung von Landwirtschaftsflächen werden die Flächen zur Ausmagerung in den ersten drei Jahren zwei- bis dreimal jährlich gemäht, wobei die erste Mahd nach dem 15.06. durchzuführen ist. Das Mahdgut ist jeweils innerhalb von zwei Wochen</p>	

<p>abzutransportieren. Im Vordergrund steht die Entwicklung floristisch artenreicher Wiesengesellschaften, zur Förderung der Brutflächen und des Nahrungsangebotes für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, insbesondere der örtlich vorkommenden Großtrappen und Wiesenbrüter. Die Wiesen sind extensiv zu bewirtschaften, das heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> -völliger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, -völliger Verzicht auf Düngung, -kein Umbruch, keine Neuansaat oder Nachsaat. <p>Um mögliche Verluste gesetzlich geschützter Vogelarten durch die Mahd zu vermeiden, ist ein mechanischer Wildretter neben dem Schneidwerk in entsprechender Breite zu verwenden. Zusätzlich sollte das Mähen der Einzelflächen von innen nach außen erfolgen. Nach der Ausmagerung werden die Flächen ein- bis zweimal jährlich ab Anfang August und evtl. durch einen zweiten Schnitt ab Mitte September gemäht. Das Mähgut ist innerhalb von zwei Wochen abzufahren.</p> <p>Die Pflege der Flächen ist auf 25 Jahre zu sichern. Durch die Verlagerung und die Änderung der vorhandenen Ersatzfläche außerhalb des Bebauungsplanes in die Gemarkung Damelang werden die Grundzüge der Planung des Bebauungsplanes nicht geändert. Auch die getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes ändern sich dadurch nicht. Entsprechend der Änderung der Ersatzfläche werden der Umweltbericht und die Begründung dahingehend redaktionell angepasst. Auch das Maßnahmenblatt E1 wird dahingehend redaktionell angepasst.</p> <p>Die Ersatzfläche außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes wird vor dem Satzungsbeschluss in einem Kompensationsvertrag gesichert.</p> <p>Mit der Mail vom 13.10.2021 hat die Untere Naturschutzbehörde der „neue“ Maßnahme E1 zugestimmt und lediglich folgende Ergänzungen bzw. Konkretisierungen vorgetragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundbuchliche Sicherung Eintragung der Fläche gemäß § 1090 BGB mit beschränkter persönlicher Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde in der II. Abteilung des Grundbuchs sowie Sicherung der Fläche und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB mittels städtebaulichem Vertrag gemäß § 11 BauGB zwischen der Gemeinde und dem Kompensationspflichtigen. 2. Maßnahmendetails Es sollten die Vorgaben der Arbeitshilfe Betriebsintegrierte Kompensation https://mluk.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Arbeitshilfe-Betriebsintegrierte-Kompensation.pdf Seite 18 ff. eingehalten werden. Außerdem: Balkenmäher statt Kreiselmäherwerk. Kein Mulchen. Neben der Festlegung von Mahdzeitpunkten sollten aus Artenschutzgründen auch Bindungen zum Mähschema (partielle Mahd der Fläche beispielsweise um einige Wochen versetztes streifenweisen Mähen, Belassen von Mähinseln etc.) getroffen werden. Anwendungs- und Lagerungsverbot von Dünger und jedweden Bioziden (Herbizide, Fungizide, Insektizide, Rodentizide etc.) Abwägung zur Mail der UNB vom 13.10.2021: Die Änderung des Maßnahmenblattes bzw. der Maßnahmendetails ist leider nicht ohne Weiteres machbar. Hintergrund ist, dass die Maßnahme Teil eines größeren Extensivierungsvorhabens in der Gemarkung Damelang ist (insgesamt rund 11 ha). Das Gesamtvorhaben sowie der Wortlaut der Maßnahmenblätter wurde 	
--	--

	<p>im Vorfeld mit dem Landesumweltamt/Naturparkverwaltung abgestimmt.</p> <p>Im Übrigen werden die wesentlichen, mit den Änderungsvorschlägen bezweckten Ziele durch die Vorgaben des Landesumweltamtes bereits erreicht:</p> <p>Der Schutz der Fauna (insbesondere der Avifauna) wird durch die Verwendung eines mechanischen Wildretters sowie das Mähen von Innen nach Außen sichergestellt.</p> <p>Der bzw. die Mahdzeitpunkte sind im Maßnahmenblatt bereits festgelegt.</p> <p>Der Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel ist bereits enthalten. Eine Erweiterung auf alle Arten von Bioziden wäre als Klarstellung unproblematisch möglich. Gleiches gilt für die Lagerung von Düngemitteln und Bioziden.</p> <p>Bezüglich der Einzelbaumpflanzungen auf den Baugrundstücken wird die Begründung ebenfalls redaktionell angepasst. Da die Festsetzungen nicht als Kompensation von Bodenfunktionsbeeinträchtigungen herangezogen werden können, entfällt dieser städtebauliche Grund.</p> <p>Nichts desto trotz bleiben alle anderen städtebaulichen Gründe bestehen, so dass sich die Grundzüge der Planung nicht ändern.</p> <p>Zu 3) Baumersatz</p> <p>Der Hinweis, dass die HVE eine Regelung zur Kompensation von Baumverlusten aufzeigt, wird zur Kenntnis genommen. Allerdings liegt hier vermutlich ein Missverständnis vor. In der Begründung des 2. Entwurfs zum Bebauungsplan wird darauf eingegangen, dass durch Anpflanzungen von Bäumen teilweise die Auswirkungen auf den Boden (Versiegelung) angerechnet werden sollten, wie es beispielsweise im benachbarten Landkreis Teltow-Fläming praktiziert wird. Baumverluste werden durch den Bebauungsplan nicht verursacht.</p> <p>Aufgrund der Anpassung der Ersatzfläche (siehe oben unter „Zu 2“) entfällt dieser Textabschnitt im Kapitel 9.7 der Begründung (redaktionelle Änderung).</p> <p>Die Grundzüge der Planung bleiben bestehen und Auswirkungen sind dadurch nicht gegeben.</p> <p>Die Anregungen zu der Lichtleitlinie werden zur Kenntnis genommen und werden bei der konkreten Planung, hier bei der öffentlichen Straßenverkehrsfläche bei Beleuchtungsentscheidungen ggf. Beachtung finden.</p> <p>Die Rechtsgrundlagen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Anregung der UNB (Beleuchtung):</p> <p>Die Beachtung von entsprechenden Beleuchtungsanlagen zum Schutz nachtaktiver Insekten und von Vögeln wird zur Kenntnis genommen und ist in der nachfolgenden Planungsebene, hier insbesondere für mögliche Beleuchtungsanlagen der öffentlichen Verkehrsfläche, zu beachten. Einen entsprechenden Hinweis auf der Planzeichnung wird als nicht erforderlich erachtet.</p>	
8e	<p>Fachdienst Landwirtschaft</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Abwägungsbelang.</p>	
8f	<p>Fachdienst Technische Bauaufsicht, Bereich Brandschutz</p> <p>Kein Abwägungsbelang.</p>	
8g	<p>Fachdienst Gesundheit</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Thematik zur Trinkwasserversorgung ist bereits in der Begründung entsprechend dargestellt. Das vorhandene Leitungssystem zur öffentlichen Trinkwasserversorgung muss für die Erschließung des Bebauungsplanes erweitert werden. Eine</p>	

	<p>rechtzeitige Abstimmung mit dem Wasserversorgungsverband „Hoher Fläming“ ist in der nachfolgenden Planungsebene zwingend erforderlich.</p> <p>Die Stellungnahme zur Thematik Immissionen/Lärm/Licht wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Landesamt für Umwelt hat mit der Stellungnahme vom 23. Juli 2021 dem Bebauungsplan zugestimmt und sich dahingehend geäußert, dass die Belange des Immissionsschutzes mit den getroffenen Festsetzungen ausreichend Rechnung getragen wird. Demzufolge bedarf es keiner weiteren Festsetzungen oder Äußerungen in der Begründung zum Immissionsschutz. Dies trifft auch auf die Lichtimmissionen zu.</p> <p>Eine mögliche Gemeinbedarfsfläche für eine Kindertagesstätte ist nicht vorgesehen, daher kann zu mindestens der Teil dieser Stellungnahme nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Der Bebauungsplan legt folgende Flächen fest:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Wohngebiete, - Öffentliche Grünflächen, - Fläche für Versorgungsanlagen und - Öffentliche Straßenverkehrsflächen. <p>Daher bestehen hier keine Auswirkungen bezüglich des Lärmes von Kindertagesstätten.</p>	
8h	<p>Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalaufsicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bebauungsplan berücksichtigt den Denkmalschutz, insbesondere des hier möglichen Bodendenkmals. Durch die textliche Festsetzung Nr. 9 als „Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB“ wird folgendes geregelt:</p> <p>„Die Realisierung von Bodeneingriffen (z.B. Tiefbaumaßnahmen) ist erst nach Abschluss archäologischer Dokumentations- und Bergungsmaßnahmen in organisatorischer und finanzieller Verantwortung der Bauherren (§ 9 Abs. 3 und 4, § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG) und Freigabe durch die Denkmalschutzbehörde zulässig. Die Bodeneingriffe sind erlaubnispflichtig (§ 9 Abs. 1 BbgDSchG).“</p> <p>Auswirkungen sind daher nicht gegeben.</p>	
9	<p>Wasserversorgungsverband Hoher Fläming</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Abwägungsbelang, da keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben wurden. Der Hinweis, dass das vorhandene Leitungssystem zur öffentlichen Trinkwasserversorgung erweitert werden muss, ist bereits Bestandteil der Begründung.</p>	
10	<p>Abwasserzweckverband „Planet“</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Abwägungsbelang.</p> <p>Der Hinweis der genannten Mail vom 28.02.2020 an das Amt Brück wird in die Begründung redaktionell ergänzt. Auswirkungen auf den Bebauungsplan sind nicht gegeben.</p>	
11	<p>1&1 Versatel</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
12	<p>E.DIS Netz GmbH</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Abwägungsbelang.</p>	

	<p>Nach der Stellungnahme der E.DIS AG vom 01. Juni 2017 wurde mitgeteilt, dass die vorhandene Erschließung mit Elektroenergie, für die zukünftige Nutzung nicht mehr ausreichend sein wird. Ein Ausbau des Versorgungsnetzes ist Voraussetzung zur Erschließung des geplanten Gebietes.</p> <p>Bei Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Niederspannungsnetz werden innerhalb geschlossener Bebauungen grundsätzlich Kabel verlegt. Für den Anschluss von Neukunden werden die Nieder- und Mittelspannungsnetze der E.DIS entsprechend der angemeldeten Leistung und der jeweils geforderten Versorgungssicherheit ausgebaut bzw. erweitert und gegebenenfalls neue Transformatorenstationen errichtet. Daher ist zu berücksichtigen, dass die Erschließung von Vorhaben sowie instandhaltungsbedingte Wechsel der Anlagen auch weiterhin möglich sein müssen.</p> <p>Vorzugsweise werden dafür vorhandene bzw. im öffentlichen Bauraum befindliche Leitungstrassen genutzt und Möglichkeiten der koordinierten Leitungsverlegung mit anderen Versorgungsleitungen geprüft. Für neu zu errichtende Transformatorenstationen werden vorzugsweise Grundstücke, die sich im Eigentum der Stadt/Gemeinde befinden, genutzt.</p>	
13	<p>50Hertz Transmission GmbH</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
14	<p>Enerparc AG</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
15	<p>GDMcom</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
16	<p>Primagas Energie GmbH</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
17	<p>Saferay operations GmbH</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine Kabelanlagen des Betreibers innerhalb des Plangebietes vorhanden sind.</p>	
18	<p>Zentraldienst Polizei Brandenburg</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang, da keine grundsätzlichen Einwände bestehen.</p>	
19	<p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan berücksichtigt den Denkmalschutz, insbesondere des hier möglichen Bodendenkmals. Durch die textliche Festsetzung Nr. 9 als „Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB“ wird folgendes geregelt: „Die Realisierung von Bodeneingriffen (z.B. Tiefbaumaßnahmen) ist erst nach Abschluss archäologischer Dokumentations- und Bergungsmaßnahmen in organisatorischer und finanzieller</p>	

	Verantwortung der Bauherren (§ 9 Abs. 3 und 4, § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG) und Freigabe durch die Denkmalschutzbehörde zulässig. Die Bodeneingriffe sind erlaubnispflichtig (§ 9 Abs. 1 BbgDSchG).“ Auswirkungen sind daher nicht gegeben.	
20	Stadt Bad Belzig Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang.	
21	Bad Belzig Kur GmbH Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang.	
22	Deutsche Telekom Technik GmbH Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Abwägungsbelang. Bei der konkreten Baumaßnahme bzw. bei der Planung wird rechtzeitig der Versorgungsträger erneut beteiligt und ggf. entsprechende Sicherungs- bzw. Verlegemaßnahmen abgestimmt und vertraglich gesichert.	
B1	Öffentlichkeit (Bürger 1) Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. 1. Richtigstellung des Sachverhalts Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beachtet die Abgrenzung der Lage des Bergwerkseigentums. Eine Überschneidung der Rahmenbetriebsfläche (Planfeststellung) ist nicht gegeben. Demnach grenzt der südliche Teil des Plangebietes an das gem. § 9 Bundesberggesetz (BBergG) erteilte Bergwerkseigentum für das Feld Linthe 2 (Feldesnummer: 32-958). Das für die Gewinnung von Kiesen und Kiessanden und Quarz- und Spezialsanden erteilte Bergwerkseigentum ist bis zum 08.01.2022 befristet. Tatsächlich wurde auf der Planzeichnung des Bebauungsplanes ein falsches Bergwerkseigentum angegeben, dies wird redaktionell wie folgt korrigiert: „Bergwerkseigentum für das Feld Linthe 2 (Feldesnummer:32-958), Bewilligung bis zum 08.01.2022“ Die Abgrenzung des bergrechtlichen Belangs ist dennoch, wie im FNP der Gemeinde Linthe, korrekt dargestellt. Dies kann auch klar, von der Übersichtskarte des Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe entnommen werden. Des Weiteren, wie in der Stellungnahme genannt, liegt der Planungsbereich vollständig innerhalb des Bewilligungsfeldes Belzig-Nord B (Feldesnummer: 22-1480), die nach § 8 BBergG erteilte Bewilligung gewährt das bis zum 11.02.2049 befristete Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von tiefliegender Sole zur Anwendung balneologischer Zwecke. Die Rechtsinhaberin stimmt mit der Stellungnahme vom 01.07.2021 dem Bebauungsplan zu. 2. Fehlende Auseinandersetzung mit dem Bergwerkseigentum Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu a) Bebauungsplan insgesamt Auswirkungen durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes auf das Bergwerkseigentum sind nicht zu erwarten. Zunächst kann der B-Plan aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB entwickelt werden. Des Weiteren wurde sich im Verfahren des Bebauungsplanes mit	

den Belangen des Bergrechtes auseinandergesetzt. Im Vorentwurf des Bebauungsplanes (Stand 01. März 2017) sowie bei der Auswertung der frühzeitigen Beteiligung wurde sich zum damaligen Zeitpunkt auf den Regionalplan Havelland-Fläming 2020 bezogen und die Belange entsprechend geprüft. Aus diesem war ersichtlich, dass Teile des Bergwerksfeldes Linthe 2 innerhalb des Vorranggebietes für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen (VR 16) befinden. Dieses Vorranggebiet war nach der Begründung des Vorentwurfs ca. 500 m von der Grenze des geplanten Wohngebietes entfernt. Daher war davon auszugehen, dass keine Beeinträchtigungen zu den Vorranggebieten durch das Vorhaben zu erwarten sind.

Mit der Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 16. Juni 2017 wurde darauf hingewiesen, dass zwischen Vorranggebieten und Wohnbebauung ein Mindestabstand von 300 m einzuhalten ist (Kriterium 3.3.1.1.6). Daher sollte im weiteren Planverfahren sichergestellt werden, dass dieser auch im südlichen Plangebiet (hier alte Geltungsbereichsgrenze des Vorentwurfs) eingehalten wird. Nach Überprüfung wurde dann festgestellt, dass der Abstand ca. 315 m beträgt und der Mindestabstand eingehalten wurde. Nach Reduzierung des Geltungsbereiches zum Entwurf bzw. des 2. Entwurfs und der Beachtung, dass der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 nicht mehr rechtskräftig ist, bleibt die Beurteilung, dass **keine Auswirkungen** zu erwarten sind, weiter bestehen. Auch wenn mit dem „neuen“ Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 das Vorranggebiet VR 16 wieder aufgenommen werden soll, werden die Belange der Raumordnung (zukünftig) beachtet und dem § 1 Abs. 4 BauGB entsprochen.

Als weiterer Schritt zur Berücksichtigung des Bergwerkseigentums wurde das LBGR zur Stellungnahme aufgefordert, Einwände wurden bis heute nicht geltend gemacht.

Weiterhin ist zu beachten, dass innerhalb des Bergfeldes bereits Wohnhäuser errichtet wurden (Lerchenweg 1a, Lerchenweg 2/3 und Lerchenweg 4/5), sodass die vollständige Ausnutzung des Bewilligungsfeldes nicht mehr möglich sein wird.

Aufgrund des Einhaltens des Abstands vom damaligen und rechtsverbindlichen VR 16 (mind. 300m) sind keine Lärmimmissionen auf das Wohngebiet zu erwarten. Auch Hinweise der zuständigen Behörden bezgl. der Thematik Lärmimmissionen (Landkreis Potsdam-Mittelmark und Landesamt für Umwelt) wurden bis heute nicht vorgetragen.

Insgesamt kann damit festgehalten werden, dass sich mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohngebiet am Sportplatz“ der Gemeinde Linthe mit den Belangen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8f BauGB auseinandergesetzt wurde und mit der Reduzierung des Geltungsbereiches sowie der o.g. Verlegung der Ersatzmaßnahme (siehe unten) in die Gemarkung Damelang die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen wurden.

Der Hinweis zur Beschlussvorlage zur Sitzung der Regionalversammlung am 17.06.2021 wird zur Kenntnis genommen. Nach Überprüfung der Unterlagen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, welche noch nicht öffentlich ausgelegt haben, werden für Linthe die Vorranggebiete VR 20 und VR 21 genannt. Dabei wurde die Fläche VR 21 (Linthe 2) in den Regionalplan ohne den nördlichen Teil übernommen.

Zu b) Festsetzung der Ersatzmaßnahme (E1)

Nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt eine neue Ersatz- und Ausgleichsmaßnahme zum Bebauungsplan. Dabei kann die Maßnahme A1 „Entwicklung von extensiv zu pflegende Streuobstwiesen, welche sich im östlichen Bereich des B-

<p>Planes auf der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Gehölzstrukturen I und II“ mit einem Kompensationsfaktor von 0,5 angerechnet werden.</p> <p>A1: $1.850 \text{ m}^2 \times 0,5 = 925 \text{ m}^2$</p> <p>Des Weiteren ist außerhalb des Bebauungsplanes sowie außerhalb der bergbaurechtlichen Belange eine Umwandlung von Acker in Extensivgrünland auf Boden mit allgemeiner Funktionsausprägung anzulehnen.</p> <p>Alles in allem stehen mit dem Bebauungsplan vorbereitete Versiegelungsflächen von 6.482 m², welche Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Biotop, gegenüber. Diese sind mit einem Faktor von 2 zu 1 auszugleichen bzw. zu ersetzen.</p> <p>Daher ergibt sich eine Ausgleichsbilanz von 12.964 m². Unter Beachtung der anrechenbaren Maßnahme A1 von 925 m² sind Ersatzflächen von insgesamt 12.039 m² für eine Umwandlung von Acker in Extensivgrünland zu suchen.</p> <p>Daraufhin will die Gemeinde Linthe innerhalb der Gemarkung Damelang, Flur 4 des Flurstücks 68 entsprechende Flächen zur Kompensationsmaßnahme durchführen.</p> <p>Durch die Ackerextensivierung mit anschließender Extensivgrünlandnutzung werden die Biotop- und die Bodenfunktion auf den Maßnahmenflächen aufgewertet. Ziel ist die Entwicklung von artenreichem Grünland.</p> <p>Die Maßnahmenflächen liegen in der Gemarkung Damelang, Amt Brück, Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Flächen werden derzeit als Acker genutzt. Für die Anlage von Extensivgrünland erfolgt nach dem Umbruch der Flächen eine Einsaat mit Regiosaatgut mit hohem Krautanteil. Im Rahmen der Extensivierung von Landwirtschaftsflächen werden die Flächen zur Ausmagerung in den ersten drei Jahren zwei- bis dreimal jährlich gemäht, wobei die erste Mahd nach dem 15.06. durchzuführen ist. Das Mahdgut ist jeweils innerhalb von zwei Wochen abzutransportieren. Im Vordergrund steht die Entwicklung floristisch artenreicher Wiesengesellschaften, zur Förderung der Brutflächen und des Nahrungsangebotes für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, insbesondere der örtlich vorkommenden Großtrappen und Wiesenbrüter. Die Wiesen sind extensiv zu bewirtschaften, das heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> -völliger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, -völliger Verzicht auf Düngung, -kein Umbruch, keine Neuansaat oder Nachsaat. <p>Um mögliche Verluste gesetzlich geschützter Vogelarten durch die Mahd zu vermeiden, ist ein mechanischer Wildretter neben dem Schneidwerk in entsprechender Breite zu verwenden. Zusätzlich sollte das Mähen der Einzelflächen von innen nach außen erfolgen. Nach der Ausmagerung werden die Flächen ein- bis zweimal jährlich ab Anfang August und evtl. durch einen zweiten Schnitt ab Mitte September gemäht. Das Mähgut ist innerhalb von zwei Wochen abzufahren.</p> <p>Die Pflege der Flächen ist auf 25 Jahre zu sichern.</p> <p>Durch die Verlagerung und der Änderung der vorhandenen Ersatzfläche außerhalb des Bebauungsplanes in die Gemarkung Damelang werden die Grundzüge der Planung des Bebauungsplanes nicht geändert. Auch die getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes ändern sich dadurch nicht. Entsprechend der Änderung der Ersatzfläche werden der Umweltbericht und die Begründung dahingehend redaktionell angepasst. Auch das Maßnahmenblatt E1 wird dahingehend redaktionell angepasst.</p> <p>Die Ersatzfläche außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes wird vor dem Satzungsbeschluss in einem Kompensationsvertrag gesichert.</p> <p>Mit der Mail vom 13.10.2021 hat die Untere Naturschutzbehörde der „neuen“ Maßnahme E1 zugestimmt.</p>	
---	--

Durch die neue Ersatzmaßnahme innerhalb der Gemarkung Damelang werden die Belange des betroffenen Bergwerkseigentums für das Feld Linthe 2 (Feldesnummer:32-958) nicht mehr beeinträchtigt.

3. Raumordnerische Vorgaben

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan erfüllt und beachtet die raumordnerischen Vorgaben.

Aktuell erarbeitet die Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 aus.

Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll insbesondere textliche und zeichnerische Festlegungen treffen

- zur Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung,
- zum vorbeugenden Hochwasserschutz,
- zur räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen,
- zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe,
- zur landwirtschaftlichen Bodennutzung und
- zum Freiraum.

Mehr Informationen erhalten Sie auf www.havelland-flaeming.de.

Das Plangebiet liegt gemäß Grundsatz 1.1 des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in einem **Vorbehaltsgebiet Siedlung**. In den Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu.

Der Regionalplan Havelland-Fläming gibt mit den Vorbehaltsgebieten Siedlung Empfehlungen für die Realisierung von Wohnsiedlungsflächen, z.B. nach dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg LEP HR gemäß:

- LEP HR Z 5.5 Absatz 2 „Eigenentwicklung für den örtlichen Bedarf“,
- LEP HR Z 5.6 Absatz 2 und 3 „Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung in Ober- und Mittelzentren des Weiteren Metropolenraumes“ sowie
- LEP HR Z 5.7 „Weitere Schwerpunkte der Wohnsiedlungsflächenentwicklung in Grundfunktionalen Schwerpunkten“.

Ebenso werden auch für die gemäß LEP HR G 5.8 präferierte „Wohnsiedlungsflächenentwicklung in den Städten der zweiten Reihe“ entsprechende Potenziale, vorrangig im Umfeld von Schienenhaltepunkten, herausgestellt.

Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten Siedlung wird die Bebaubarkeit und Entwicklungsfähigkeit von Flächen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Siedlung, wie sie nach übrigen rechtlichen Vorschriften gegeben ist, nicht beeinflusst.

Der Ortsteil Linthe ist im sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ nicht als grundfunktionaler Schwerpunkt festgelegt worden. Erweiterte Entwicklungsmöglichkeiten gemäß Ziel 5.7 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind daher nicht gegeben.

Belange der Regionalplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Dies hat auch die Regionale Planungsgemeinschaft mit ihrer Stellungnahme vom 07.07.2021 bestätigt.

Nach Überprüfung der Unterlagen des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, welche noch nicht öffentlich ausgelegt haben, werden für Linthe die Vorranggebiete VR 20 und VR 21 genannt. Dabei wurde die Fläche VR 21 (Linthe 2) in den Regionalplan ohne den nördlichen Teil übernommen.

In der nächsten Sitzung der Regionalversammlung, die

	<p>voraussichtlich am 18.11.2021 stattfindet, soll der erste Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 für die Beschlussfassung über die Eröffnung des Verfahrens zur Beteiligung der öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt auch noch keine Beachtung im Verfahren des Bebauungsplanes erfolgen.</p> <p>Insgesamt kann damit festgehalten werden, dass sich mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „Wohngebiet am Sportplatz“ der Gemeinde Linthe mit den Belangen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 8f BauGB auseinandergesetzt wurde und mit der Reduzierung des Geltungsbereiches sowie der o.g. Verlegung der Ersatzmaßnahme (siehe unten) in die Gemarkung Damelang die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen wurden.</p> <p>Auch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg bestätigte mit der Stellungnahme vom 28.07.2021, dass die Planungsabsicht den Zielen der Raumordnung angepasst ist.</p>	
--	---	--

Unterschrift / Datum:

Vorsitzende der GV

Begründung

Die öffentliche Auslegung erfolgte vom 21. Juni bis einschließlich 23. Juli 2021. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde im Zeitraum vom 18. Juni bis einschließlich 23. Juli 2021 die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die eingegangenen Stellungnahmen, Hinweise und Anregungen wurden untereinander und gegeneinander abgewogen. Das Abwägungsergebnis wird mitgeteilt.